

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 5

Artikel: Die Diskussions- und Streitkultur der SPS auf dem Prüfstand : Mut zur offenen Diskussion
Autor: Fuchs, Ludi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340736>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verweigerung eines zivilen Ersatzdienstes verletzt diese Menschenrechte, trägt aber wohl kaum zur Stärkung der militärischen Landesverteidigung bei. Ich würde meinen, dass eher das Gegenteil der Fall ist, indem damit die Voraussetzungen für Unfrieden, Zwietracht und Auflehnung im eigenen Land in Kauf

genommen werden. Zudem verpasst unser Land damit auch die Chance, die Militärdienstverweigerer für die wichtiger werdende Förderung des Friedens mit andern Mitteln sinnvoll einzusetzen. Nachdem heute selbst Ostblockstaaten einen zivilen Ersatzdienst einführen, sollte man eigentlich meinen, dass in dieser

Frage auch in unserem Land in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird.

Ich hoffe, dass Sie als Bürger eines Landes, das auf seine demokratischen Errungenschaften stolz ist, aber auch als Verantwortliche für eine vorausschauende Sicherheitspolitik sich in diesem Sinn einsetzen.

Die Diskussions- und Streitkultur der SPS auf dem Prüfstand

Mut zur offenen Diskussion

Von Ludi Fuchs

Am 3. Juni 1989 werden wir anlässlich des ausserordentlichen Parteitages in Bern über friedenspolitische Perspektiven der schweizerischen Sozialdemokratie diskutieren. Die Aktualität und Wichtigkeit des Themas scheinen dabei wohl unumstritten. Ganz im Gegensatz zur Frage, ob unser Land militärisch überhaupt noch verteidigt werden kann, die sich mit der Behandlung der Volksinitiative «Für die Abschaffung der Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» stellt.

Unterschiedliche Auffassungen zu Militär und Friedensvorstellungen werden unsere Partei an diesem Junitag nicht das erste und wohl auch nicht das letzte Mal beschäftigen, war doch die Haltung der schweizerischen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der SPS im besonderen zur Armee bzw. zur militärischen Landesverteidigung praktisch nie einheitlich. Die diesbezüglich unterschiedlichen Haltungen innerhalb der Partei repräsentierten immer die diversen Selbstverständnisse der Genossinnen und Genossen zum herrschenden Staat, zur geltenden Wirtschafts- und Rechtsordnung sowie die unterschiedlichen Zeithorizonte, in denen sie ihre Politik ansiedelten.

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der SPS und der Armee spiegelt besonders augenfällig die innen- und vor allem die aussenpolitischen Entwicklungen. Es ist selten, dass die SPS eigenständig und ohne in erster Linie von aussenpolitischen Einflüssen geprägt zu sein, sich fragte, welche Bedeutung die Armee für die Schweiz nach innen und nach aussen hat.

Vor allem seit den 30er Jahren wurde die Akzeptanz der Armee immer mehr zu einem Symbol für die Integration der SP in die herrschende Gesellschaft und in bestehende Machtverhältnisse. Nicht zuletzt aus diesem Grunde konnte in den letzten Jahren parteiintern nur noch schwer über den Sinn der Armee nachgedacht werden. Die Frage war politisch überlastet; so wurde die Armee auch innerhalb unserer Partei mehr oder weniger zum Tabu.

Auch für den diesjährigen ausserordentlichen Parteitag ist der Auslöser dieser hochaktuellen Perspektivendebatte nicht innerhalb der SPS zu finden. Die «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik» wurde von einer relativ kleinen parteiunabhängigen Gruppe von friedensbewegten Schweizerinnen und Schweizern lanciert. Chancen,

dass sie überhaupt die erforderliche Unterschriftenzahl zusammenbringen würde, wurden ihr praktisch von keiner Seite eingeräumt. Auch nicht von der SPS. Im Gegenteil. Ein mildes Lächeln für diese Spinnerinnen und Spinner war die Regel, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihrer Idee die grosse Ausnahme. Bis, ja bis das geschah, was sich viele etablierte Politikerinnen und Politiker bis dahin nicht hatten vorstellen können. Dass nämlich eine Gruppe engagierter Menschen ohne Geld und Apparat eine Volksinitiative zustande brachte, die in radikaler Form die Existenzberechtigung derjenigen Institution in Frage stellt, die die längste Zeit als absolut unantastbar gegolten hatte.

Das Zustandekommen dieser Volksinitiative, über die im November dieses Jahres abgestimmt wird, hat auch in unseren Reihen nicht nur eitel Freude ausgelöst. Befürchtungen, dass sich unsere Partei bei der Behandlung dieser Initiative verbeissen, zerreißen, ja sogar spalten könnte, wurden und werden auch heute im Vorfeld des Juni-Parteitages immer wieder geäussert. Ich teile diese Befürchtung nicht. Die Diskussions- und Streitkultur scheint mir in unserer Partei – im Gegensatz zur schweizerischen Polit-

landschaft im allgemeinen – genügend gut entwickelt zu sein, um auch über ein brisantes und umstrittenes Thema fair, tolerant und im Respekt gegenüber der Meinung des Andersdenkenden debattieren zu können. Kommt, wie bereits erwähnt, dazu, dass gerade unsere Partei die Auseinandersetzung um dieses Thema aus ihrer hundertjährigen Geschichte zur Genüge kennt.

Damals, 1926...

Auch die völlige Infragestellung der militärischen Landesverteidigung, die aufgrund der anstehenden Volksabstimmung zur Debatte steht, ist nichts Neues in der interessanten Geschichte unserer Partei. Sie stand sogar auch schon einmal auf der Traktandenliste eines SPS-Parteitages, der damals übrigens auch in Bern stattfand! Es war im November des Jahres 1926, als ein Antrag der SP Adliswil Vorschläge zur teilweisen oder gänzlichen Abrüstung der Schweiz unter Berücksichtigung der Frage einer Initiativbewegung zwecks Volksbefragung verlangte. Der Adliswiler Delegierte Amberg hatte endlich genug von der «Diskutiererei» und wollte den Kampf um die Abschaffung der Armee mittels einer Volksinitiative. Der Parteitag folgte jedoch einer Mehrheitsresolution, mit welcher von der Lancierung einer solchen Volksinitiative abgesehen und nur noch von der «Vorbereitung des geistigen Kampfes gegen den Militarismus» gesprochen wurde...

...wie heute, 1989

Die Geschäftsleitung (GL) der SPS begründete 1926 ihre Ablehnung gegen eine Armeeabschaffungsinitiative mit Argumenten, die mir heute – rund 60 Jahre später – so unbekannt gar nicht vorkommen: «Wir sind überzeugt», so die GL damals, «dass

die Lancierung eines Volksbegehrens für die Beseitigung der Armee unsere Gegner in solcher Übermacht in die Schranken rufen würde, und diesen Gelegenheit böte, zu einem Schlag gegen unsere Partei auszuholen, der nicht nur das Volksbegehren für Jahrzehnte gründlich erledigen, sondern unsere Parteibewegung derart wuchtig treffen würde, dass sie jahrelang bräuchte, um sich davon zu erholen. Wir könnten dem Bürgertum, den Militaristen und den bürgerlichen Parteien wohl kaum einen grösseren Dienst leisten, als in dieser Frage zu unrechter Zeit zu einem Entscheidungskampf zu drängen.»

Diese Angst vor dem, was andere über uns sagen, denken und schreiben könnten, wenn wir eine solche Volksinitiative unterstützen würden, scheint heute genau so gross zu sein wie damals. Würden uns bei einem Ja des Parteitages nicht noch mehr Wählerinnen und Wähler davonlaufen? Eine oft gestellte Frage an Sektionsversammlungen. Gegenfragen: Ist denn die heutige Schwäche der SP in bezug auf Mitgliederzahl und Wahlprozente wirklich darauf zurückzuführen, dass sie sich in den vergangenen Jahrzehnten zu radikal, zu profiliert, zu unbequem gegeben hat? Hat sie etwa zu viele Visionen und Perspektiven entwickelt und sich deshalb zu wenig um die Alltagspolitik gekümmert? Oder könnte nicht gerade auch das Gegenteil der Fall sein?

Gerade am Beispiel der Friedens- und Sicherheitspolitik lässt sich meiner Meinung nach aufzeigen, dass wir uns in den letzten Jahren doch vor allem um Detailfragen gekümmert und die längst notwendige Diskussion um eigene Perspektiven sträflich versäumt haben. Dies vor allem aus dem Grund, weil wir eine solche Diskussion als zu problembeladen, zu konfliktträchtig, zu wenig wählerfolgversprechend eingeschätzt und dementsprechend stiefmütterlich behandelt haben.

Rüstungsreferendum und Rothenthurm-Initiative

So konnte unsere Partei in einer Frage, die gerade in den letzten Jahren auch immer mehr Menschen in der Schweiz beschäftigte, keine eigenständige Position entwickeln, die die Bevölkerung als sozialdemokratische Alternative zu denjenigen der bürgerlichen Parteien hätte erkennen können, die sich im Militärbereich anscheinend ein Diskussions- und Denkverbot auferlegt haben. Nie bekam man an der Basis das Gefühl, dass sich unsere Fraktion im Nationalrat engagiert gegen die Jahr für Jahr über-rissenen Rüstungskredite eingesetzt hätte – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen! Und dies, obwohl mit dem Nein zur Anschaffung der Leopardpanzer und der Lancierung des Rüstungsreferendums die Zeichen der Basis doch klar und deutlich zu erkennen waren. Dieses Verhalten, das praktisch einer Übernahme des nationalen Tabus in unsere Partei gleichkam, ist meiner Meinung nach auf die Fehleinschätzung der Volksmeinung in bezug auf Militärfragen zurückzuführen. Spätestens seit den Abstimmungen über das Rüstungsreferendum und die Rothenthurm-Initiative sollte diese Einschätzung auch innerhalb unserer Partei revidiert worden sein. Auch in diesen beiden Abstimmungskämpfen wurden diejenigen, die sich für die Annahme dieser beiden Volksinitiativen engagierten, in den bürgerlichen Medien als Armeegegnerinnen und Armeegegner titulierte. Und auch damals gab es in unseren Reihen nicht wenige, die aus diesem Grund von einer allzu engagierten Unterstützung dieser Initiativen durch unsere Partei abrieten. Wer weiss, ob wir im Fall des Rüstungsreferendums mit einem geschlosseneren Auftreten nicht noch ein besseres Abstimmungsergebnis hätten erzielen können? Ein Abstimmungser-

gebnis, das die bürgerlichen Hirten der heiligen Schweizerkuh noch mehr geschockt hätte. Bereits die unerwarteten 41 Prozent Ja-Stimmen bewogen ihr Hoforgan, die NZZ, zu einem Meinungsumschwung innerhalb eines einzigen (Abstimmungs-)Wochenendes: am Samstag, dem 2. April 1987, also vor der Abstimmung, hatte der Militärexperte dieser Zeitung noch geschrieben, das Rüstungsreferendum sei «ein geeignetes Instrument zur Schwächung der Armee» und vor allem seiner «armeefeindlichen Stossrichtung wegen zu bekämpfen». Am Montag nach der Abstimmung war dann aus der gleichen Feder die Selbstberuhigungsformel zu lesen: «Die Befürworter des Referendums können nicht samt und sonders als Armeegegner eingestuft werden.»

Die Abstimmungsergebnisse beim Rüstungsreferendum der Rothenthurm-Initiative und das Zustandekommen der «Volksinitiative für die Abschaffung der Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» zeigen auf, dass die von bürgerlicher Seite aufgestellte Gleichung, die Schweiz sei eine Armee, mehr mit einem Wunschdenken als mit der heutigen Realität in unserem Land zu tun hat.

Neue Erkenntnisse

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer machen sich Gedanken über Sinn und Unsinn einer bewaffneten Landesverteidigung und beginnen sich zu fragen, ob die uns wirklich bedrohenden Gefahren wie die ständig fortschreitende Zerstörung unserer existentiellen Lebensgrundlagen, Unfälle in Atomkraftwerken und Chemiebetrieben usw. wirklich mit Armeen abzuwenden seien. Immer mehr Menschen erkennen die Illusion und Scheinsicherheit, die ihnen angeblich für die Milliarden und abermilliarden in die Rüstung gesteckten Gelder gebo-

ten werden soll. In der Bevölkerung setzt sich vielmehr eine Erkenntnis durch, die auch in die Parteitageunterlagen eingeflossen ist. Dort stehen im Antragspapier des Parteivorstandes nämlich folgende Sätze zu lesen: «(...) Wir leben in einer weltgeschichtlich neuen Situation. Die Menschheit kann nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen. Diese historisch beispiellose Alternative verlangt ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Veraltete sicherheits- und militärpolitische Denkschemen müssen deshalb über Bord geworfen werden. (...)» Und an anderer Stelle: «(...) Jeder Staat muss im eigenen Interesse Mitverantwortung für die Sicherheit der anderen Staaten übernehmen. Dies verlangt radikales Umdenken, den Bruch mit uralten Denk- und Verhaltensweisen: In dem Bewusstsein, dass es keinen absolut sicheren Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt, müssen wir der Risikobereitschaft zum Krieg die Risikobereitschaft zum Frieden vorziehen. (...)» (Vgl. «Rote Revue» Nr. 3/89.) Genau auf der Basis dieser Erkenntnis gründet das sogenannte «Neue Denken», das sich, losgelöst von falschen und gefährlichen Sicherheitsillusionen, hinbewegt zur absolut wichtigsten Einsicht unserer Zeit, dass wir Menschen und Länder nur noch zusammen und miteinander eine Überlebenschance haben.

Das Mögliche wagen

Auf der Basis dieser Erkenntnis gründet auch die «Volksinitiative für die Abschaffung der Armee und eine umfassende Friedenspolitik», zu deren Zielsetzungen ich voll und ganz stehe, denn statt immer noch und immer wieder das Unmögliche vorzubereiten, nämlich einen künftigen europäischen Krieg überleben zu wollen, sollten wir doch alles unternehmen, um ihn zu verhindern. Dazu

gehört, dass wir all die Mittel, Menschen und Ideen, die wir bisher in die Armee und somit zur Vorbereitung des Krieges investiert haben, zu dessen Verhinderung einsetzen. Was wir für die Armee ausgeben, fehlt uns zur Ausschöpfung all dessen, was uns zur Verhinderung des Krieges zu tun möglich ist.

So paradox dies auf den ersten Blick erscheinen mag: Kleinere Staaten haben in Europa eine viel grössere Freiheit als grössere, die Konsequenzen aus dieser Chance, diesem Umdenken sowie diesem neuen friedenspolitischen Denken zu ziehen und entsprechend zu handeln. Gerade weil sie klein sind, keine globalstrategischen Verschiebungen bewirken können und würden, könnten sie daraus eine eigene Qualität entwickeln.

Unter den Kleinstaaten wäre die Schweiz zudem auf Grund ihrer Geschichte, ihrer Ansprüche und ihrer traditionellen Wahrnehmung durch andere Nationen prädestiniert, neue Wege zu gehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind jene, welche ihre Politik bisher am weitestgehendsten, mutigsten und konsequentesten am Wohl der vielen kleinen Leute inner- und ausserhalb der Schweiz orientiert haben. Um diesen Mut, diese Weitsicht und diese Konsequenz müssen wir uns auch friedenspolitisch bemühen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der Schweiz eine besondere, kritische, denkanstössige Aufgabe zu übernehmen. Packen wir sie auch in diesem Fall an. Friedenspolitik heisst nicht, den Konflikten aus dem Wege zu gehen, die als Frucht politischer Freiheit notwendig sind. Friedenspolitik bewirkt, diese Konflikte möglichst gewaltfrei und ohne Verletzung austragen zu können. Zeigen wir, dass wir dies auch in unserer eigenen Partei zu verwirklichen vermögen. So werden wir stärker

und wachsen an den wesentlichen Aufgaben dieser Zeit. Nehmen wir die Herausforderung, die die zur Debatte stehende «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine

umfassende Friedenspolitik» für unsere Partei darstellt, an, indem wir uns einer offenen Diskussion darüber stellen. Ich bin überzeugt davon, dass sie nicht zu einer Zerreihsprobe, sondern zu einer

fruchtbaren Probe unserer partei-internen Streit- und Diskussionskultur werden wird. Und ich bin ebenso überzeugt davon, dass wir diese Probe gemeinsam bestehen werden!

Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative vom 4. Juni

Perestroika für die Landwirtschaft

Von Michael Kaufmann

In der schweizerischen Agrarpolitik tut sich etwas. Nachdem auf einem zwar brauchbaren Verfassungstext seit 1951 mit dem Landwirtschaftsgesetz die Bauern 30 Jahre lang an der Nase herumgeführt worden sind, stellen die Kleinbauern jetzt eine neue Verfassungsgrundlage zur Diskussion. Das bestehende Agrargebäude kommt damit unter Druck, und das ist gut so. Bei der Initiative für ein naturnahes Bauern und gegen Tierfabriken wird am 4. Juni abgestimmt. Es geht um eine Weichenstellung, um eine Neuorientierung. Und damit tut sich natürlich die offizielle Politik – von den Bauernverbänden bis hinzu den Grossverteilern – schwer.

A. Die Initiative

In der Sackgasse

Das die Landwirtschaftspolitik zwar in einer Sackgasse steckt, wissen wir. Sogar die offizielle Agrarpolitik, allen voran der Schweizerische Bauernverband, haben – etwas hilflos – eingesehen, dass die Rechnung «Mehr Erträge – höhere Preise» zu einem Fiasko führt. Und zwar aus zwei Gründen. *Erstens* werden mit dieser eindimensionalen Agrarpolitik die Überschüsse nur noch vergrössert, *zweitens* profitieren davon nur jene Produzenten, die die günstigsten Produktionsbedingungen haben. So er-

staunt es nicht, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Bauernbetrieben laufend zunehmen, dass jährlich nach wie vor gegen tausend Landwirtschaftsbetriebe verschwinden. Völlig unter den Tisch sind in der Rechnung dieser «Gesund schrumpfung» die Umweltkosten gefallen. Niemand rechnet die volkswirtschaftlichen Kosten einer zunehmend intensiven Produktion, diese werden über Gewässerschutzmassnahmen, Gesundheitskosten, Naturschutzaufwand usw. anderswo zu Buche geschlagen. Überschlagsmässig kann für landwirtschaftlich intensivste Gebiete (Beispiel Sempachersee mit viel Massentierhaltung) gesagt werden, dass die Umweltreparaturkosten, die jährlich aufgewendet werden (Belüftung der Gewässer usw.) rund 10 Prozent der Nettoerträge aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit ausmachen...

Die politische Ebene ist eine Wüste

Alle wissen um die Problematik. Sogar die politischen Vertreter der Landwirtschaft. Und trotzdem passiert wenig bis nichts. Jahrzehntlang hat man um eine Verschärfung des Gewässerschutzgesetzes gekämpft. Jetzt kommt diese Verschärfung endlich mit der Reduktion der Tierbestände auf ein halbwegs erträgliches Mass (Tierbesatz maximal

drei Dünger-Grossvieheinheiten pro Hektare).

Jahrelang hat man Verschärfungen der Futtermittelpolitik und der Vorschriften über die Tierhaltung gefordert. Ein entsprechender Anlauf zur Revision des Artikels 19 des Landwirtschaftsgesetzes (Stallbaubewilligung/Höchsttierbestände, Beiträge an kleine und mittlere Tierhalter) ist mit gebremster Wirkung zu einem halbhatzigen Ziel gekommen. Einziges Fazit: Beiträge an Tierhalter, allerdings so ausgerichtet, dass auch grössere und grösste Betriebe immer noch Geld erhalten! Jahrelang hat man Beiträge für Biolandbau usw. gefordert, im Kanton Bern ist es in einer Allianz von Bauern, Grünen und SP gelungen, wenigstens auf kantonaler Ebene etwas Bescheidenes in dieser Richtung einzuführen. Und so weiter.

Die Kosten laufen an

Das Umdenken harzt, die offizielle Agrarpolitik scheint es nicht nötig zu haben, selber Signale zu geben. Gleichzeitig laufen die Kosten weiter. Ein Drittel der Bundesmittel an die Landwirtschaft geht in Überschussverwertung, immerhin sind das rund eine Milliarde Franken jährlich. Oder anders gerechnet: Von einem Franken Konsumausgaben für Nahrungsmittel, gehen höchstens 30 Rappen an den Bauern. Der Rest vesickert in der Verar-